

2 ½ Jahre grün-rote Bildungspolitik – eine Bilanz der liberalen Opposition (Bereich Kultus, Jugend und Sport)

Den zentralen Schwerpunkt der parlamentarischen Arbeit des bildungspolitischen Sprechers der FDP/DVP-Fraktion Dr. Timm Kern bildete die kritische Begleitung der zahlreichen und folgen-schweren Änderungen der grün-roten Bildungspolitik. Die unprofessionelle, überstürzte Abschaffung der verbindlichen Grundschulpflicht und die fragwürdige Einführung der Gemeinschaftsschule verschärfen die Probleme erheblich, mit denen Schulen und Schulträger in-folge der zurückgehenden Schülerzahlen zu kämpfen haben. Diese „demographische Not“ nutzen Grüne und SPD aus, um ihr bildungspolitisches Lieblings-kind Gemeinschaftsschule den Kommunen aufzunötigen. Kommunen, denen die Schließung ihres Schulstandorts droht und die sich deshalb auf das Experiment Gemeinschaftsschule einlassen, müssen dabei das damit verknüpfte pädagogische Konzept in Kauf nehmen. Hingegen werden Anträge von Gemeinden auf Schulverbünde oder Kooperationen auf Haupt- und Werkrealschulen mit Realschulen vom Kultusministerium abgelehnt. Abgelehnt wurde ebenso der Antrag der FDP/DVP-Fraktion, den Kommunen und den Verantwortlichen vor Ort weitgehende Gestaltungsfreiheit im Bereich der Schulorganisation zu geben.

Mit der Etablierung von 42 Gemeinschaftsschulen zum Schuljahr 2012/13 und 87 Gemeinschaftsschulen zum Schuljahr 2013/14 – ohne Bildungsplan und mit einer gerade erst anlaufenden Lehrerfortbildung – schafft Grün-Rot vollendete Tatsachen und spricht der

vom Kultusminister viel zu spät und halbherzig auf den Weg gebrachten regionalen Schulentwicklung Hohn.

Über diesen ideologisch motivierten Eingriff und Dilettantismus versucht die FDP/DVP-Fraktion in Anträgen, Parlamentsdebatten, Presseverlautbarungen und Gesprächen vor Ort öf-

Die FDP mahnt beharrlich eine Regionale Schulentwicklung an, die den Verantwortlichen vor Ort echte Entscheidungsrechte dahingehend gibt, wie das Schulangebot vor Ort gestaltet sein soll. Die FDP/DVP-Fraktion hat deshalb in einem ersten Schritt den Stopp des weiteren Gemeinschaftsschulausbaus gefordert. Für das Schul-



fentlich aufzuklären und für eine Bildungspolitik einzutreten, in der die Qualität unseres Schulwesens durch Vielfalt, Wettbewerb und Durchlässigkeit der Schularten gesichert wird und damit für jeden Einzelnen ein Mehr an Bildungschancen eröffnet. Die Landtagsfraktion tritt deshalb vor allem für diejenigen Schularten ein, denen die grün-rote Bildungspolitik das Wasser abgräbt: für Haupt- und Werkrealschulen, für die Realschulen, die beruflichen Schulen und die Gymnasien.

Gleiches droht auch den Sonderschulen, wenn sich der alte Wunsch nach ihrer Abschaffung durchsetzt.

Im Jahr 2014/15 liegen erneut 108 Anträge auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule vor; darunter befinden sich kein Gymnasium, lediglich 15 Realschulen und ansonsten überwiegend kleinere Haupt-/Werkrealschulen.

Die unverständliche grün-rote Streichung von 11.600 Lehrerstellen hält die FDP für weit überzogen, vor allem angesichts des Bedarfs an Stellen für die Verbesserung der Unterrichtsversorgung sowie für den Ausbau von Ganztages-schulen und für inklusive Angebote. Entsprechende Anträge auf Erhebung des hierfür notwendigen Bedarfs an Lehrerstellen und die Sicherstellung der

genannten bildungspolitischen Ziele lehnte die grün-rote Mehrheit trotz eines gleichlautenden grünen Parteitagsbeschlusses ab. Um die Streichung von 1.000 Lehrerstellen im Jahr 2013 zu realisieren, kürzte das Kultusministerium unter anderem das so genannte Entlastungskontingent an allen Schulen um 14 Prozent, was einen erheblichen Einschnitt in die Möglichkeit zu einem qualitativ hochwertigen Unterrichtsangebot bedeutete.

Nachdem die FDP/DVP-Fraktion den Liberalen Bildungstag 2013 dem Thema „Ganztagsschule“ gewidmet hat, hat sie im September desselben Jahres einen Gesetzesentwurf zur Verankerung der Ganztagsschule im Schulgesetz eingebracht. Die FDP/DVP-Fraktion sieht eine große Chance darin, wenn künftig alle Schulträger das Recht haben, im Einvernehmen mit der jeweiligen Schule und ohne Zustimmungsvorbehalt der

Schulbehörden offene Ganztagsangebote einzurichten. Für die Einrichtung von Ganztagschulen der gebundenen Form soll die Zustimmung der Schulbehörden Voraussetzung bleiben. Leider hat die Landesregierung trotz großer Ankündigungen hierzu keinen Gesetzesentwurf vorgelegt. Des Weiteren fehlt ein Konzept über die verstärkte Kooperation zwischen Schulen und außerschulischen Partnern, insbesondere in den Bereichen Musik, Kunst, Sport und kirchlicher Jugendarbeit. Die FDP/DVP-Fraktion hat dies bei zahlreichen Gelegenheiten immer wieder angemahnt.

Dr. Timm Kern setzte und setzt sich überzeugt für die verschiedenen Anliegen der Schulen in freier Trägerschaft ein. Die Landesregierung macht hier weitere Zuschusserhöhungen hin zur Zielmarke von 80 Prozent der Bruttokosten davon abhängig, dass es eine Versorgungsabgabe wie für verbeam-

tete Lehrkräfte gibt. Dies wäre für zahlreiche freie Schulen existenzbedrohlich und die Anstellung von verbeamteten Lehrern für sie sehr kostspielig. Die FDP/DVP-Fraktion tritt für Bedingungen ein, die die freien Schulen in der Mitte der Gesellschaft halten und ihren Besuch nicht von den finanziellen Voraussetzungen der Eltern abhängig machen.

Im Bereich der frühkindlichen Bildung, der Schlüsselfunktion für eine gelingende Bildungsbiographie, bemängelte die FDP, dass qualitative Gesichtspunkte bei der grün-roten Landesregierung kaum eine Rolle spielen. Dies gilt sowohl für den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote für unter Dreijährige als auch für das Kindergartenalter. Hier blieb es bei Absichtserklärungen, bislang wurde nichts für die weitere Umsetzung des Orientierungsplans getan.

Projekt Nationalpark enttäuscht die Wähler

Bürger vor Ort werden nicht ernst genommen

Die grün-rote Landesregierung legte in diesem Herbst einen Gesetzesentwurf zum geplanten Nationalpark vor, den die FDP/DVP-Fraktion so ablehnte. Die Liberalen setzen sich stattdessen für eine Natur- und Kulturlandschaft ein, für einen nachhaltigen Tourismus und für eine naturnahe Waldbewirtschaftung im Schwarzwald. Einem Nationalpark, der wie ein grün-rotes Prestigeobjekt daher kommt, wird die liberale Landtagsfraktion nicht zustimmen.

Die Parteien der Regierung, die sich vor der Wahl das Image des „Gehört-Werdens“ auf die Fahne geschrieben haben, überhöre nun den tatsächlichen Bürgerwillen vor Ort. Entschieden wird nur im Landtag! So ihre Haltung nun. Der Landtagsabgeordnete Dr. Timm Kern fordert, dass die Bürger vor Ort ernst genommen werden. Der Nationalpark kann nur gelingen, wenn er die Zustimmung und Unterstützung der Menschen vor Ort und im Land hätte. „In Baiersbronn sprachen sich über 75 Prozent gegen diesen Nationalpark aus. Darüber sollte die grün-rote Landesregierung nicht einfach hinweggehen!“, kritisiert Dr. Timm Kern.

Aus diesem Grunde sagt die FDP-Landtagsfraktion „Nein!“ zu einem Nationalpark, der weder einen ökologischen noch ökonomischen Mehrwert erwarten lasse, „Nein!“ zu übertriebenen Einschränkungen, „Nein!“ zu zusätzlicher Bürokratie, „Nein!“ zum Verzicht auf natürliche Ressourcen durch Stilllegung, Totholz und den zu erwartenden Borkenkäfern und „Nein!“ zu dieser unnötigen Vernichtung von Landesvermögen.

Der von Grün-Rot eingebrachte Gesetzesentwurf zeigt nicht die Kosten für die Einrichtung und den Erhalt des geplanten Nationalparks auf. „Es ist zu befürchten, dass die Kosten den Bürgerinnen und Bürgern absichtlich vorenthalten werden. Ein transparenter Gesetzesentwurf würde auch über die geplanten und die zu erwartenden Kosten Auskunft geben“, so Dr. Timm Kern.

Wichtig ist Dr. Timm Kern, dass die Landesregierung die Sorgen der Waldbe-



sitzer vor Ort ernst nehmen. So hätten mittlerweile mehrere Experten die zahlreichen Verheißungen des Gutachtens in Zweifel gezogen und grobe Rechenfehler im Gutachten nachgewiesen.

Der agrar- und naturschutzpolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion Dr. Friedrich Bullinger sagte dazu: „Das Gutachten ist von Anfang an so angelegt gewesen, dass nichts Anderes heraus kommen konnte, als die Befriedigung der Wünsche und den Vollzug der Wahlversprechen an die Wahlhelfer von NABU und BUND.“

Pressemitteilung von Dr. Timm Kern 16.11.2013

Dr. Timm Kern las im Eutinger Kindergarten vor

Am Bundesweiten Vorlesetag, lasen wieder zahlreiche Bücherfreunde und Prominente aus ihren Lieblingsbüchern vor. Die Initiatoren DIE ZEIT, Stiftung Lesen und Deutsche Bahn möchten Begeisterung für das Lesen und Vorlesen wecken und laden daher jährlich zum Bundesweiten Vorlesetag. Deutschlandweit beteiligten sich über 12 000 Vorleserinnen und Vorleser.

mal werden wollte. Im Gespräch mit Dr. Timm Kern erzählten die Kinder voller Emotionen, was sie selbst einmal werden wollten, und fragten auch den Abgeordneten nach seinem Beruf und welche Entscheidungen man in einem Parlament treffen müsse. Die Eutinger Kindergartenkinder fragten neugierig, ob der Gast aus dem Landtag auch über ihren Kindergarten und ihre Spielplätze entscheiden würde.

interessiert von dem integrativen Modell, bei dem auch Kinder mit Behinderung in dem Regelkindergarten aufgenommen werden.

Das Kindergarten-Team freute sich über den prominenten Vorleser aus dem Landtag. „Mir ist es sehr wichtig, öffentlich dafür zu werben, dass Kindern wieder mehr vorgelesen wird. Lesen ist für die Entwicklung eines



Der Landtagsabgeordnete und bildungspolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion, Dr. Timm Kern, beteiligte sich bereits zum dritten Mal an der Vorleseaktion. Gespannt lauschten die Kinder des Eutinger St. Georg Kindergartens den Geschichten des Abgeordneten. Neben dem kleinen Elefanten Olli, der sich nichts sehnlicher wünschte als ein Geschwisterchen, wurde auch die Geschichte von Matthias der Maus vorgelesen, die nicht wusste, was sie später ein-

„Solche Termine machen mir die größte Freude!“, war das Fazit des beurlaubten Gymnasiallehrers Dr. Timm Kern, „das Strahlen und die Begeisterung in den Kinderaugen zu sehen, ist einfach wunderbar.“

Beim Rundgang durch den katholischen Kindergarten mit der Leiterin Brigitte Wehle berichtete diese über den tollen Anbau und die dadurch geschaffenen neuen räumlichen Möglichkeiten. Dr. Timm Kern zeigte sich

Kindes von überragender Bedeutung“, so der liberale Bildungspolitiker Dr. Timm Kern. „Denn Vorlesen hat einen unmittelbaren Einfluss auf die geistige und seelische Entwicklung eines Kindes und wird daher von allen Pädagogen empfohlen. Insbesondere die Sprachkompetenz des Kindes und die Kreativität werden angeregt. Der Bundesweite Vorlesetag möchte genau darauf aufmerksam machen.“

Pressemitteilung von Dr. Timm Kern 7. November 2013

Kern: Realschule als wesentliches Element unseres differenzierten Schulwesens erhalten

Die von Grün-Rot und CDU-Landesverband vertretene Zwei-Säulen-Lehre bedeutet das Aus für erfolgreiche Schularten wie Realschule.

Der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dr. Timm Kern, sagte in einer Landtagsdebatte über die Zukunft der Realschule:



„Die Realschule und die reale Bildung haben eine beachtliche Geschichte hinter sich. Zugleich ist ihre Philosophie einer Orientierung an der realen Welt geradezu topaktuell. Die Berufsorientierung als Querschnittsaufgabe, die Auswahl der Lerngegenstände zum Zweck einer praktischen Anwendung, die an die Lebenswelt der Schüler anknüpfende Didaktik und die konsequente Förderung von Leistungsbereitschaft haben die Realschule nicht nur zur Schule des sozialen Aufstiegs schlechthin, sondern auch zu einer exzellenten Vorbereitungseinrichtung für die spätere Berufswelt gemacht. Erzählt man in anderen Ländern Europas und der Welt, dass uns hierzulande die Gemeinschaftsschule als der letzte pädagogische Schrei verkauft werden soll, schüttelt man dort nur den Kopf. Man beneidet uns weltweit um ein differenziertes Bildungswesen, dessen Rückgrat die Realschule und die beruflichen Schulen bilden. Denn das berufliche Schulwesen einschließlich der dualen Ausbildung und die Real-

schule bilden, wenn auch institutionell eigenständig, eine untrennbare Einheit.

Dass sich die grün-rote Landesregierung lautstark gegen den Vorwurf wehrt, steht in starkem Kontrast zum grün-roten Regierungshandeln. Es ist die Realschule, die mit am meisten die Konsequenzen aus der unüberlegt und vorschnell abgeschafften verbindlichen Grundschulempfehlung zu tragen hat. Die Realschule sieht sich mit einer erheblich vergrößerten Heterogenität bei der Schülerschaft und deren Leistungsfähigkeit konfrontiert. Die Realschule muss nun den gesamten bildungspolitischen Unverstand der Landesregierung

auszugleichen versuchen. Das stellt selbst die Realschullehrerinnen und Realschullehrer mit ihrer unaufgeregten, pragmatischen und leistungsorientierten Herangehensweise vor manche Probleme und ist alles andere als von Vorteil für die Schülerinnen und Schüler.

Aber dass die Realschule unter Druck geraten ist, ist Grün-Rot im Grunde genommen gerade recht. Denn nachdem bei der zweiten Gemeinschaftsschul-Tranche nur vier Realschulen dabei waren und ansonsten hauptsächlich um ihren Standort kämpfende kleine Haupt-/Werkrealschulen, hat der Gemeinschaftsschul-Vordenker, Prof. Torsten Bohl, der Landesregierung ins Stammbuch geschrieben, dass ohne Realschüler und Gymnasiasten der Gemeinschaftsschule kein Erfolg beschieden sein wird. Spätestens diese Nachricht hat Grün-Rot veranlasst, die Daumenschrauben für die eigensinnigen Realschulen anzuziehen. Wie so etwas geht? Man entwirft beispielsweise einen neu-

en Bildungsplan, was so etwas ist wie das Grundgesetz einer Schule, und da finden die Realschulen nicht mehr statt. Und wer es da noch nicht gemerkt hat, dass die grün-rote Zukunftsrechnung ohne die Realschulen stattfindet, dem wurde es spätestens klar, als der Ministerpräsident seine Zwei-Säulen-Lehre verkündete. Das Wesentliche dazu steht im ersten Begründungssatz des Antrags der CDU-Landtagsfraktion: „Mit der Einführung des sogenannten ‚Zwei-Säulenmodells‘ ist das Ende der Realschule für Grüne und SPD beschlossene Sache. Künftig wird es nur noch ein Gymnasium und eine Gemeinschaftsschule im Land geben – so hat es der Ministerpräsident am 17. Juli 2012 angekündigt.“ Ich kann die CDU-Landtagsfraktion nur auffordern, ihre Ablehnung der Zwei-Säulen-Lehre auch in der eigenen Partei weiter zu halten – alles andere bedeutet in der Konsequenz das Aus für die Realschule und die beruflichen Schulen.

Und an Herrn Stoch kann ich namens der FDP-Landtagsfraktion nur appellieren: Wenn es Grün-Rot ernst ist mit einem vielfältigen und differenzierten Schulwesen, wie es der neue Elternprospekt des Kultusministeriums glauben machen will, dann überlassen Sie es dem freien Spiel der Kräfte, ob eine Realschule oder eine Gemeinschaftsschule vor Ort gewünscht wird. Stoppen Sie die dritte Tranche der Gemeinschaftsschulen, unter deren Anträgen wiederum nur 15 Realschulen sind. Wenn wir mehr wissen über die Gemeinschaftsschulen, sollten die Verantwortlichen vor Ort die entsprechenden Entscheidungen hinsichtlich der Schulangebote treffen können. Eine regionale Schulentwicklung, die den Namen verdient, macht aus den Landeszuwendungen ein Budget, mit dem die Verantwortlichen vor Ort ihr Bildungsangebot eigenständig gestalten können. Und geben Sie den Realschulen eine Bestandsgarantie - anders ist in der verfahrenen Situation kein verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Vertrauen ist aber eine notwendige Voraussetzung, um etwas Tragfähiges auf die Beine zu stellen.“

Claudia Gläser im Gespräch

Im Rahmen eines Ortstermines „Politik und Mittelstand im Austausch“, bei der Firma Gläser GmbH in

Horb-Bildechingen gab es die Gelegenheit, die Geschäftsführerin Claudia Gläser zu befragen.

Frage: Würden Sie sagen, Sie haben Glück gehabt oder Sie haben hart für Ihren Erfolg arbeiten müssen?

Claudia Gläser: Das Wort Glück würde ich nicht benutzen. Was sagt das? Ich bin ein offener Mensch und würde sagen, ich bin offen auf meine Chancen zugegangen und habe sie genutzt.

Frage: Was war für Ihren Erfolg bezüglich Förderung/Mentoring wichtig?

Claudia Gläser: Mein Mentor war mein Vater. Ich halte Mentoring für sehr wichtig und bin selber Crossmentorin. Junge Frauen zu unterstützen, mache ich gerne, einfach auch Tor und Tür öffnen helfen.

Frage: Netzwerken ist auch für den Erfolg von Frauen wichtig. Frauen Netzwerken anders. Was nutzen Sie und was empfehlen Sie Frauen?

Claudia Gläser: Netzwerken ist ein MUSS, sowohl fachlich wie persönlich. Und natürlich müssen Männer und Frauen miteinander arbeiten, aber Frauennetzwerke finde ich ganz wichtig. Da gibt es persönliche Unterstützung und wertvollen Austausch.

Frage: Wie fördern Sie Frauen?

Claudia Gläser: Einmal als Crossmentorin und dann, indem ich Frauen eine faire Chance gebe in meiner Firma mit Ausbildungsplätzen und Stellen. Ich habe viele Frauen in meinem Betrieb und finde, dass ich hier mit einem guten Team arbeite.

Frage: Frauen werden strenger, anders beobachtet, das Aussehen nicht selten vor der Leistung bewertet. Wie erleben Sie das?

Claudia Gläser: Ob wirklich mehr Leistung und mehr Fachwissen erwartet wird, da bin ich mir nicht sicher. Frauen hinterfragen sich stärker. Und sie haben auch über die 40 hinweg noch Spaß an Weiterentwicklung. Aber

Frauen sollten strategischer vorgehen. Mit Fleiß allein schafft man es nicht. Und Frauen sollten auch Spaß entwickeln, Macht zu haben. Beides sind Themen, die in gemischten und Frauen-Netzwerken thematisiert werden.

Frage: Schaffen Frauen unter den Bedingungen überhaupt einen anderen Führungsstil zu entwickeln? Wie machen Sie es?

Claudia Gläser: Meine Erfahrung ist, dass Frauen sehr zielstrebig Sachen verfolgen und dass sie verbindlicher sind. Ich bin gerne Teamplayer und lebe das auch. Klar muss ich am Ende entscheiden und den Kopf hinhalten.

Frage: Wie heißt Ihr Tipp für die Balance von Beruf, Familie, Ehrenamt?

Claudia Gläser: Stress! Ich muss was für mich tun. (Lacht) Nein, ich versuche Leben und Arbeit als Einheit zu leben. Es sind nicht immer die großen Sachen, die gut tun. Einfach mal mit den Kindern ausreiten. Sehr entspannend.

Frage: Erfolg heißt in Ihrem Fall, ein öffentliches Gesicht zu haben. Etwas, das Frauen oft abschreckt vor öffentlichen Ämtern. Wie schaffen Sie sich Privatsphäre? Wo machen Sie Urlaub?

Claudia Gläser: Das betrifft mich nicht wirklich.

Frage: Mit welcher Person würden Sie gern einmal für ein Monat oder ein Jahr tauschen wollen?

Claudia Gläser: Mal als weiblicher Vorstand in einem DAX-Unternehmen tätig sein, um zu sehen, wie Entscheidungsprozesse dort laufen. Sozusagen als Abgleich zu meinen Entscheidungsprozessen.

Frage: Ihre Heldin in der Wirklichkeit?

Claudia Gläser: Meine Großmutter,



Claudia Gläser

Geschäftsführerin der Firma Gläser GmbH in Horb-Bildechingen.

Ausbildung zur Industriemechanikerin, Studium Wirtschaftsingenieurwissenschaften, danach Maschinenbau an der Berufsakademie in Horb, 2002 übernahm sie die Geschäftsführung von ihrem Vater. Unter ihrer Leitung wurde die Gläser GmbH zu einem international agierenden und wirtschaftlich erfolgreichen Maschinenbauunternehmen ausgebaut. Mutter von zwei Kindern. Erhielt unter anderem die Wirtschaftsmedaille des Landes BW 2012. Stadtverbandsvorsitzende der FDP-Horb. Vize Präsidentin VdU (Verband deutscher Unternehmerinnen).

die mit vier Kinder geflohen ist. Die Familienlogistik und das Beziehungsmanagement von ihr haben mich immer beeindruckt.

Frage: Ihr Motto zur Zeit? Oder was würden Sie Frauen und Männern mit auf den Weg geben?

Claudia Gläser: One life, live it.

Zum Thema Quote sagt Claudia

Gläser: Ich bin ein Befürworter der Frauenquote, da die Erfahrung bis jetzt gezeigt hat, dass sich hier mehr bewegen muss.

Dr. Timm Kern VOR ORT im Austausch mit Jugendlichen

Jugendgemeinderat, Bus/Bahn, Fort-
gungsmöglichkeiten, Ausbildung und
Studium: Bei der Diskussion mit Ju-
gendlichen im Dezember erfuhr der

machen. Sein Eindruck: „Es ist sehr
wichtig, dass diese Sache in den Schu-
len besprochen wird. Hierfür ist der
Gemeinschaftskundeunterricht prä-

Ein weiteres zentrales Thema war der
Nahverkehr im Landkreis Freuden-
stadt. Hier äußerten einige das Pro-
blem, dass es besonders am Abend
kein gutes Angebot an Bus-
und Bahnfahrten gebe, so-
dass man viele Abendveran-
staltungen, zum Beispiel in
Freudenstadt, nicht wahr-
nehmen könne. Dr. Kern
sagte zu, sich zu erkundi-
gen, wie andere ländlich
geprägte Landkreise diesem
Problem begegnen würden.

Der bildungspolitische
Sprecher der FDP/DVP-
Fraktion will nicht nur aus
Jugendstudien oder Maga-
zinen erfahren, was junge
Menschen heute bewegt,
sondern im persönlichen
Gespräch mit ihnen. Ihre
Erfahrungen bereichern die



Landtagsabgeordnete Dr. Timm Kern
deren Meinung zu diesen Themen.

In kleiner Runde im Horber Marmor-
werk traf der FDP-Politiker engagierte
junge Menschen, die etwas zu sagen
hatten. Ein großes Thema spielte die
Einrichtung eines Jugendgemeinder-
ates in der Stadt Horb. Hier erzählten
Schüler des Horber Gymnasiums von
den Schwierigkeiten, andere Jugend-
liche für ein Engagement innerhalb
eines Jugendgemeinderates zu be-
geistern. „Viele finden die Idee klasse,
wollen aber neben Schule, Ausbildung
und Ehrenamt keine weitere Ver-
pflichtung auf sich nehmen“, so eine
Feststellung.

Erfahrungen mit dieser Thematik
konnte der ehemalige Gymnasialleh-
rer Dr. Kern bei der Wahl eines Ju-
gendgemeinderates in Reutlingen



destiniert.“ Dr. Kern ermutigte die Ju-
gendlichen, für dieses Gremium zu
kämpfen, denn es biete „hervorra-
gende Partizipationsmöglichkeiten für
junge Menschen.“

Arbeit des Abgeordneten, der dieses
Forum fortsetzen will. Ein nächstes
Treffen soll im Frühjahr 2014 in Freu-
denstadt stattfinden.